

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Ständerat Wintersession 2025

Publikationsdatum: 20.11.2025



Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ständerat Wintersession 2025		4
22.417 — Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien	Annahme	4
23.039 — Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG)	Annahme	4
25.4019 — Bereitstellung finanzieller Mittel für die Einführung neuer, innovativer Angebote im regionalen Personenverkehr	Annahme	5
21.403 — Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung	Anpassung	5
25.026 — «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)». Volksinitiative	Ablehnung	6
25.063 — Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27)	Ablehnung	7
Impressum		9



Editorial

Der Städteverband lehnt das **Entlastungspaket 27** gänzlich ab. Das Geschäft entlastet den Bundeshaushalt zu einem erheblichen Teil durch Verschiebungen von Aufgabenfinanzierungen auf die anderen Staatsebenen. Die Städte und städtischen Gemeinden wären durch verschiedene Leistungskürzungen direkt betroffen.

Grundsätzlich unterstützt der Städteverband das Geschäft des Bundesrates **23.039** «Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen». Ein solches System könnte für die Behörden Vorteile und Effizienzsteigerungen mit sich bringen. Ein nationaler Adressdienst legt wichtige Grundlagen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Monika Litscher
Direktorin



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ständerat Wintersession 2025

22.417 Parlamentarische Initiative Chassot (M-E/FR) **Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien**

Montag, 1. Dezember 2025 Ständerat
evtl. Mittwoch, 3. Dezember 2025 Nationalrat

Position

Aus Sicht der Städte ist die Unterstützung der Medien heute unerlässlich, um ein vielfältiges und regionales Medienangebot sicherzustellen. Dieses bildet einen Grundpfeiler für eine demokratischen Meinungsbildung. Die Städte bekräftigen daher ihre Unterstützung für die parlamentarische Initiative, welche verschiedene Fördermassnahmen für private Medien vorsieht.

Damit diese Unterstützung wirksam ist, müssen jedoch ausreichend Mittel investiert werden. Die Städte lehnen daher eine Begrenzung auf 50 % der anrechenbaren Kosten ab, wie sie die Kommissionsmehrheit verlangt (Art. 76c). Diese würde die vorgesehenen Fördermassnahmen weiter schmälern. Deswegen empfiehlt der Schweizerische Städteverband, die Position der Kommissionsminderheit zu unterstützen, welche diese Kostenobergrenze bei 80 % festlegen möchte.

Der Schweizerische Städteverband unterstützt den übrigen Teil des Projekts mit Nachdruck.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die parlamentarische Initiative anzunehmen, und im Artikel 76c die Kommissionsminderheit zu unterstützen.

23.039 Geschäft des Bundesrates **Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG)**

Montag, 8. Dezember 2025 Ständerat

Position

Grundsätzlich unterstützt der Städteverband die Absicht, einen nationalen Adressdienst einzurichten. Ein solches System könnte für die Behörden Vorteile und Effizienzsteigerungen mit sich bringen. Ein nationaler Adressdienst legt wichtige Grundlagen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Der Städteverband spricht sich für das ADG aus, solange potenzielle Mehrkosten nicht der städtischen Ebene zur Last fallen, keine Nutzungskosten für die städtische Verwaltung anfallen und die Nutzung des Once-Only-Prinzips für Datenbezüge eingeführt wird. Zudem setzt sich der Städteverband dafür ein, dass die Finanzierung der Einführung sowie der laufenden Betriebskosten schnellstmöglich und transparent geklärt werden.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, das Geschäft anzunehmen.



25.4019 Postulat Wicki (FDP-Liberale/NW)

Bereitstellung finanzieller Mittel für die Einführung neuer, innovativer Angebote im regionalen Personenverkehr

Dienstag, 9. Dezember 2025

Ständerat

Position

Der öffentliche Verkehr ist eine zentrale Säule für die Mobilität in Städten und Agglomerationen. Als energie- und flächeneffizientes Verkehrsmittel ist er weiter auszubauen und zu fördern.

Neue Technologien und Geschäftsmodelle im öffentlichen Verkehr können zu einem besseren Angebot und Kosteneinsparungen beitragen. Gerade in denjenigen Räumen, in denen der öffentliche Verkehr heute noch nicht sehr attraktiv ist, stellen neue Angebotsformen eine Chance dar. On-Demand-Angebote, wie sie vielerorts bereits erfolgreich getestet werden, können denn klassischen öV ergänzen, insbesondere in peripheren Gebieten und/oder ausserhalb der Hauptbetriebszeiten.

Damit On-Demand-Angebote und automatisierte Fahrzeuge zukünftig sinnvoll in das Verkehrssystem integriert werden können, müssen sie sich konsequent an den Zielen einer flächeneffizienten, klimafreundlichen und sozialverträglichen Mobilität orientieren. Zu prüfen ist auch, inwiefern agglomerationsweite Bikeshaaring-Systeme zukünftig als Teil des öffentlichen Verkehrs mitberücksichtigt und mitfinanziert werden könnten.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, das Postulat anzunehmen.



21.403 Parlamentarische Initiative WBK-NR

Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

Dienstag, 9. Dezember 2025

Nationalrat

evtl. Montag, 15. Dezember 2025

Ständerat

Position

Die Vorlage verlangt, dass die Anstossfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung in eine stetige finanzielle Beteiligung umgewandelt wird. Dazu sind eine Betreuungszulage sowie Programmvereinbarungen vorgesehen. Die Vorlage ist für die Städte von grosser Bedeutung, weil nur mit einer Bundesvorlage eine flächendeckende Verbesserung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung erreicht werden kann.

Das Geschäft befindet sich in der Differenzbereinigung, die WBK-N beantragt dem Nationalrat, dem Ständerat zu folgen. Bezüglich Programmvereinbarungen bedeutet dies eine Reduktion der Bundesbeiträge von 200 auf 100 Millionen für vier Jahre und unter anderem den Verzicht auf die Qualitätsförderung. Die Programmvereinbarungen sind aus Sicht der Städte zentral, um schweizweit Impulse für die Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung zu setzen. Damit stärkt der Bund die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Standortattraktivität der Schweizer Wirtschaft. Dies entspricht den Zielen des Bundes und der Bund profitiert direkt davon (Steuereinnahmen, Mobilisierung inländisches Fachkräftepersonal, etc.). Deshalb beantragt der Städteverband, dem Vorschlag der WBK-N nicht zu folgen. Insbesondere die Qualitätsförderung soll Teil der Programmvereinbarungen bleiben, hier gibt es schweizweit einen grossen Handlungsbedarf.

Der Städteverband lehnt es ab, als zusätzliche Bedingung für den Anspruch auf die Betreuungszulage ein Mindesteinkommen für die zweitanspruchsberechtigte Person festzulegen. Dies weil es die Städte als nicht praktikabel erachten und die Chancengerechtigkeit gefährdet. Der administrative Aufwand um ein einheitliches Mindesteinkommen festzulegen wäre hoch und die Wirkung sehr ungewiss.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, den Minderheitsantrag der WBK-N, zur Beibehaltung der Qualitätsförderung wieder in den Programmvereinbarungen aufzunehmen, zu unterstützen.



25.026 Geschäft des Bundesrates

«Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)». Volksinitiative

Montag, 15. Dezember 2025

Ständerat

Position

Diese Initiative verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die Zehn-Millionen-Grenze vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet. Der Schweizerische Städteverband lehnt die Initiative ab, da die Schweizer Städte den bilateralen Weg immer unterstützt haben und auf Migration angewiesen sind. Eine Annahme hätte deutliche negative Auswirkungen auf die Städte (z.B. Arbeitskräftemangel, demografische Überalterung, Verlust Innovationskraft und Grundversorgung) und gefährdet den Wohlstand und die Sicherheit der Schweiz.

Die Schweizer Städte benötigen als Wirtschaftsstandorte offene Märkte und internationale Vernetzung. Sie sind angewiesen auf Zuwanderung, um die demografische Alterung auszugleichen und weiterhin die Grundversorgung zu garantieren. Weiter ist für Schweizer Unternehmen nicht nur der geordnete Zugang zum EU-Binnenmarkt elementar, sondern auch die Möglichkeit, unbürokratisch Arbeitskräfte aus der EU zu rekrutieren, falls diese in der Schweiz nicht zu finden sind.

Deswegen sind internationale Abkommen, wie die Personenfreizügigkeit, aber auch Schengen und Dublin, nicht zu gefährden; ansonsten hätte dies deutliche negative Auswirkungen auf die Schweiz und die Städte. Der Wegfall von Schengen würde für die Schweiz ein Sicherheitsrisiko bilden. Auch die Kündigung des Dublin-Abkommens hätte negative Auswirkungen, weil die Schweiz heute mehr Asylsuchende an ein anderes Land überweisen kann, als sie selbst aufnehmen muss.

Deshalb empfiehlt der Städteverband dem Ständerat, seiner Kommission und dem Nationalrat zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Empfehlung: Der Schweizerische Städteverband empfiehlt, die Initiative abzulehnen.



25.063 Geschäft des Bundesrates

Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt (EP 27)

Mittwoch, 17. Dezember 2025

Ständerat

evtl. Donnerstag, 18. Dezember 2025

Ständerat

Position

Das **Entlastungspaket 27** entlastet den Bundeshaushalt zu einem erheblichen Teil durch Verschiebungen von Aufgabenfinanzierungen auf die anderen Staatsebenen. Damit ändert der Bund die Finanzierungsstruktur von öffentlichen Gütern grundlegend. Die Städte wurden vom Bund erst in der Vernehmlassungsphase einbezogen, obwohl diese als Staatsebene stark betroffen sind. Der Bund schlägt Sparmassnahmen in beinahe allen Politikbereichen vor. Die Städte und städtischen Gemeinden wären durch verschiedene Leistungskürzungen direkt betroffen. Ebenfalls schätzen die Städte das Risiko der indirekten Betroffenheit, das heisst, dass die Kantone die Abwälzungen der Kosten nicht allein kompensieren, als sehr hoch ein.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, das Entlastungspaket abzulehnen.



Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
[LinkedIn](#)